



Kreistagsgruppe CDU / WFB / FDP
Holbeinstr. 15, 27432 Bremervörde

An
Landrat Hermann Luttmann

Marco Prietz
Vorsitzender
Holbeinstr. 15
27432 Bremervörde

Tel.: 0174-1809513
E-Mail: m.prietz@gmx.de

Antrag zur aktiven Begleitung der Endlagersuche Atommüll 1. Februar 2021
Beratungsfolge: Ausschuss für Umwelt und Planung am 25.02.2021,
Kreisausschuss am 11.03.2021, Kreistag (Beschluss) am 25.03.2021

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit stelle ich im Namen der Gruppe CDU / WFB / FDP für die o. g. Sitzungen folgenden

Antrag:

1. Die Verwaltung nimmt den Zwischenbericht Teilgebiete für eine gesonderte Sitzung der Arbeitsgruppe Erdgas- und Erdölförderung auf die Tagesordnung. Hierzu wird ein Vertreter der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) eingeladen, um gezielt zu den sieben Teilgebieten im Landkreis Stellung zu beziehen. Örtliche Bürgerinitiativen wie die „BI Kein Atommüll im Altkreis Rotenburg“ werden zu dieser Sitzung eingeladen. In Absprache mit den Initiativen wird erörtert, ob die regionale Beteiligung der Öffentlichkeit über die thematisch zu erweiternde Arbeitsgruppe Erdgas- und Erdölförderung gewährleistet werden kann und wie die Arbeitsgruppe hierfür personell ergänzt werden muss.
2. Die Verwaltung bestimmt im Kreishaus Ansprechpartner/innen, die für die Begleitung des Themas zuständig und für die Bürgerinitiativen Anlaufstelle sind.
3. Die Verwaltung vernetzt sich überregional mit anderen Landkreisen, um die Arbeit und Sichtweisen dieser in die eigene Arbeit einzubeziehen.
4. Spätestens nach den Fachkonferenzen wird die AG erneut eingeladen, um zu erörtern, ob seitens des Landkreises eine Verlängerung der Öffentlichkeitsbeteiligung gegenüber BASE eingefordert werden sollte.

Begründung:

Hintergrund

Bis zum Jahr 2031 soll innerhalb Deutschlands der Standort für ein Endlager für hochradioaktiven Müll gefunden werden. Zuständige Bundesbehörde ist das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE), vormals Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit (BfE). Angestrebt wird laut BASE ein ergebnisoffener, wissenschaftsbasierter und transparenter Auswahlprozess, der in

einem festgelegten Verfahren und nach Kriterien abläuft, die im sog. „Standortauswahlgesetz“ (StandAG) definiert sind. Ziel ist es, einen Standort für den Verbleib hochradioaktiver Abfälle festzulegen, der die bestmögliche Sicherheit für einen Zeitraum von einer Million Jahren bietet.

Die direkte Standortsuche wird von der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) durchgeführt. Das Standortauswahlverfahren startete mit einer "weißen Landkarte". Das bedeutet, dass alle Bundesländer in die Suche einbezogen wurden. Der Suchprozess soll in drei Schritten ablaufen: 1. Ermittlung von Teilgebieten; 2. Übertägige Erkundung; 3. Untertägige Erkundung.

Im aktuellen Schritt, der Ermittlung von Teilgebieten, sammelt die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) geowissenschaftliche Daten der Länder und wertet diese aus. Zunächst wurden ungeeignete Regionen wie Erdbeben- oder Bergbaugebiete von der "weißen Landkarte" potenzieller Endlagerstandorte gestrichen. Im nächsten Schritt werden Mindestanforderungen angewandt. Zum Beispiel sollen 300 Meter Gestein das Endlager von der Erdoberfläche trennen. Eine 100 Meter starke Schicht aus Granit, Salz oder Ton muss das Endlager umgeben. Zwischen den verbleibenden Gebieten werden dann Vor- und Nachteile abgewogen. Die anzuwendenden Kriterien sind im Standortauswahlgesetz (StandAG) festgesetzt.

Das erste Zwischenergebnis sind Vorschläge der BGE für sogenannte „Teilgebiete“, für deren Erörterung das BASE eine Fachkonferenz Teilgebiete einberufen hat. Auf den Fachkonferenzen sollen neben Experten auch Bürger und Gemeindevertreter aus den benannten Gebieten beteiligt werden. Die BGE übermittelt anschließend den Vorschlag für die übertägig zu erkundenden Standortregionen an das BASE. Dieses richtet in jeder der möglichen Regionen eine Regionalkonferenz ein, welche die dortige Öffentlichkeit beteiligt. Am Ende der ersten Phase werden die übertägig zu erkundenden Regionen ermittelt und per Gesetz im Bundestag bestimmt.

Aktuelle Entwicklung

Mit Datum vom 28.09.2020 hat die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) den Zwischenbericht zur Benennung von Teilgebieten im Zuge des Verfahrens zur Suche und Auswahl eines Standortes zur Endlagerung hochradioaktiver Abfallstoffe veröffentlicht. Aufgeführt werden darin Gebiete, die günstige geologische Voraussetzungen für die sichere und dauerhafte Endlagerung hochradioaktiver Abfallstoffe erwarten lassen. In diesem Zwischenbericht sind auch sieben Teilgebiete aus dem Landkreis Rotenburg (Wümme) sowie zwei weitere im Landkreis Osterholz direkt an der Grenze zu Tarmstedt liegende Gebiete aufgelistet.

Der Zwischenbericht Teilgebiete wird auf der BGE Homepage www.bge.de nebst Unterlagen im pdf-Format bereitgestellt. An gleicher Stelle findet sich eine interaktive Karte, die mit einem Klick auf bestimmte Teilgebiete den unmittelbaren Zugang zu den relevanten Informationen ermöglicht. Weitere Informationen finden sich unter anderem auf www.endlagersuche-infoplattform.de.

Am 17. Oktober 2020 hat die BGE die Ergebnisse des Zwischenberichts auf der Auftaktveranstaltung der Fachkonferenz Teilgebiete in Kassel erläutert. Zu der zweitägigen Veranstaltung hat das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) eingeladen. Die Ergebnisse werden aktuell auf drei weiteren Fachkonferenzen Teilgebiete diskutiert. Hieran können sich die breite Öffentlichkeit wie auch kommunale Mandatsträgerinnen und Mandatsträger beteiligen. Die Fachkonferenzen finden vom 5. bis 7. Februar, vom 15. bis 17. April und vom 10. bis 13. Juni statt.

Auf unsere Anregung und einstimmigen Beschluss des Kreis Ausschusses hin fand am 20. Januar 2021 eine Veranstaltung des Landkreises mit der Abteilung IV des niedersächsischen Umweltministeriums statt, die ihrerseits den Prozess landesweit begleitet. Die digital durchgeführte Veranstaltung stieß mit über 130 Teilnehmerinnen und Teilnehmern auf regen Zuspruch.

Bewertung

Die Auseinandersetzung mit der Suche nach einem Endlager für Atommüll ist auch für unseren Landkreis, mit seinen sieben Teilgebieten, von großer Bedeutung. Bürgerinnen und Bürger haben sich bereits zu einer Bürgerinitiative „BI Kein Atommüll im Altkreis Rotenburg“ zusammengefunden und sind in den Dialog auf den Fachkonferenzen, aber auch mit den politischen Vertretern vor Ort eingetreten. Für den Bereich Brümmerhof sowie den Bereich Bartelsdorf / Wohlsdorf bereiten sich Bürgerinnen und Bürger darauf vor, entweder eine eigene BI zu gründen oder sich der bereits bestehenden BI anzuschließen. Neben der Beteiligung von Kommunalpolitikern und Verwaltung in den Fachkonferenzen, sollte mit den örtlichen Bürgerinitiativen der enge, auch formelle Austausch gesucht werden, um regional und überregional abgestimmt gegenüber BASE und BGE auftreten zu können. Die Bedenken, dass eine ausreichende Beteiligung der Öffentlichkeit aufgrund der eingeschränkten Möglichkeiten durch das Pandemiegeschehen nicht gewährleistet ist, werden von uns ernst genommen. Gegebenenfalls sollte sich der Landkreis, je nach Verlauf und Ergebnissen der Konferenzen, gegenüber BASE für eine Verlängerung des Beteiligungsprozesses einsetzen. Unabhängig davon sollte das umfangreiche Datenmaterial für eine gesonderte öffentliche Sitzung der AG Erdgas- und Erdölförderung gesichtet und ein Vertreter der BGE zu dieser Sitzung eingeladen werden, um aus erster Hand Detailinformationen zu erhalten.

Mit freundlichen Grüßen



Marco Prietz
(Vorsitzender)